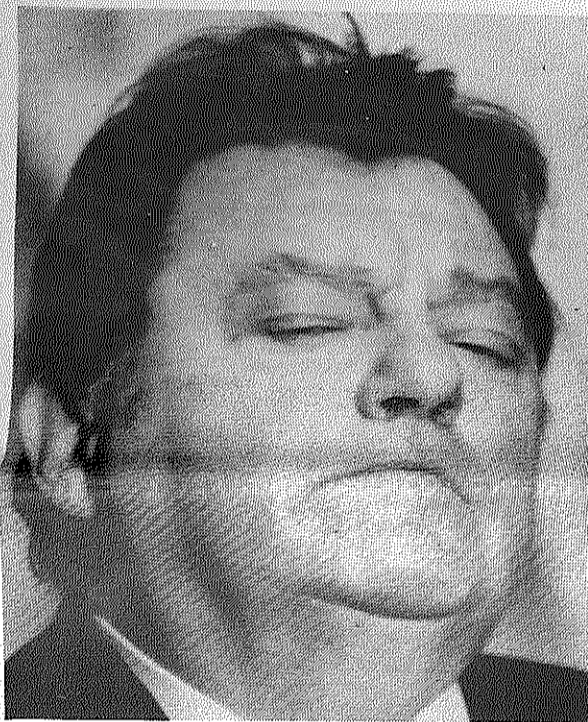


# VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 47 August/September 1980 80 Pfg. Solidaritätspreis 1,20 DM

## Keine Stimme für das Kapital, keine Stimme für Strauß FÜR EINE ABSOLUTE MEHRHEIT DER SPD SPD-Linke muss für sozialistische Politik kämpfen!



Hunderttausende aktiver Helfer werden im kommenden Wahlkampf auf den Beinen sein, um für die SPD zu werben. Sie wissen, daß Franz-Josef Strauß in den Diensten des Großkapitals steht. Wir alle wissen auch: Strauß wird daran gehen, alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu zerstören. Sein Vorbild ist die konservative Thatcher-Regierung in Großbritannien. Diese hat es in nur 16 Monaten Amtszeit geschafft, die Arbeitslosenzahlen auf 2 Millionen hochzuzugeln - den höchsten Stand seit 50 Jahren! Dies war auch das erklärte Ziel der Konservativen: "Die lahmen Enten sollen sterben." Die Folge: massenhaft Unternehmenskonkurse. Auf diese Weise hoffen sie, die "gesunden" überlebenden Firmen zu stärken und die Wirtschaftskrise nach 5 Jahren Talfahrt grundlegend gelöst zu haben. Die Rechnung zählt - wer denn sonst? - die Arbeiterklasse: der Lebensstandard sank in einem Jahr um 20%!

Soweit darf es in der Bundesrepublik gar nicht erst kommen. Strauß muß gestoppt werden! Wir müssen für eine absolute Mehrheit der SPD kämpfen. Denn auch der Koalitionspartner FDP steht eindeutig in den Diensten des Kapitals. Spätestens nach den jüngsten Äußerungen ihres Paradedeffers Lambsdorff (der meinte, die deutschen Arbeiter seien nicht fleißig genug) sollte dies jedem Kollegen klar sein!

Die FDP spielte seit Beginn der sozialliberalen Koalition eine eindeutige Bremsen-Rolle. Unter ihrem Druck hat die SPD-Spitze u.a. die Steuerreform und das Mitbestimmungsgesetz verwässert, die Berufsbildungsabgabe der Unternehmer nicht einkassiert und die Bodenreform gar nicht erst in Angriff genommen. Die FDP muß aus dem Bundestag raus!

← Strauß muß gestoppt werden!!!

Fortsetzung S.8

In Schule, Büro und Betrieb:

## ANTI-STRAUSS-PLAKETTEN: TRAGEN VERBOTEN! Wehrt Euch, leistet Widerstand...

Viele Kollegen trauten ihren Ohren nicht, als sie es vor Monaten zum ersten Mal hörten: Es ist nicht überall erlaubt, Anti-Strauß-Plaketten zu tragen! Wer's trotzdem tut, der fliegt raus: aus der Schule, oder aus dem Betrieb. Die Fälle häufen sich derart (vor allem in Bayern, wo Strauß als Ministerpräsident das Sagen hat), daß man sie kaum noch aufzählen kann:

- \* In Regensburg flog die 18jährige Gymnasiastin Christine Schandler wegen Tragens einer Stoppt-Strauß-Plakette von der Schule.
- \* In Stolberg bei Aachen wurde einem Chemiarbeiter aus dem gleichen Grund gekündigt.
- \* In mehreren Betrieben in Bayern (u.a. in Regensburg bei den Firmen Siemens und Händler und der Lehranstalt Eckert und in Neutraubling bei der Firma Kronseider) wurden Arbeiter rausgeschmissen.
- \* Der Bundesverband deutscher Arbeitgeber versicherte flugs in einer Presseerklärung, daß solche Kündigungen rechtens seien. Politische Meinungsäußerungen in Betrieben seien verboten, da sie "den Betriebsfrieden stören!"

So steht es also mit dem Recht auf Meinungsfreiheit in unserer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung"! Man darf seine Meinung wohl nur noch am Pyjama im Bett angesteckt werden? (Preisfrage: Ist in Bayern eigentlich mal jemand wegen einer "Pro-Strauß"-Plakette aus Schule

oder Betrieb geflogen? Gibt es überhaupt Leute, die solche Plaketten tragen?)

Der Widerstand gegen solche Repressalien ist im Gange. Gerichtsverfahren sollen das Recht auf Mei-



Marlon Hoffmann (23 Jahre) und Andrea Pilchowski (21), beide Buchhändler-Lehrlinge bei der Fa. Pustel, beide HBV-Mitglieder, sollen in Nürnberg von der Berufsschule fliegen.

nungsfreiheit einklagen, wobei u.a. die IG Metall Rechtsschutz gibt. Das reicht jedoch nicht aus. Die Arbeiterbewegung muß gegen diese Angriffe auf demokratische Rechte mobilisiert werden. Wir dürfen uns nicht auf "unabhängige" Richter verlassen. Nur unsere eigene Stärke zählt! "Aus Solidarität" hat z.B. die gesamte Klasse von Christine Schandler einen Tag später demonstrativ ebenfalls "Stoppt-Strauß"-Anstecker getragen. Dieses Beispiel muß Schule machen.

\* STOPPT STRAUSS!

## Angriffe auf die Montanmitbestimmung:

# Die Mitbestimmung verteidigen - die Sozialisierung erkämpfen!

## Massive Arbeitsplatzvernichtung droht

Bei den Duisburger Mannesmann-Hüttenwerken sollen 3.000 Kollegen ihre Arbeitsplätze verlieren. Sollten entsprechende Konzernpläne in den nächsten Jahren verwirklicht werden, dann würde die Arbeitslosigkeit im Duisburger Raum weiter hochschnellen. Schon jetzt sind in Duisburg 16.000 Menschen arbeitslos; 1980 wird ein Anstieg um weitere 4.000 erwartet! Selbst wenn durch vorzeitige Pensionierung, "natürlichen Abgang" und Prämien die Belegschaftszahl stückweise gesenkt wird, wird dies nichts grundlegend lösen: Die junge Generation wird draußen bleiben!

Bei seinen rigorosen Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Belegschaft will der Konzernvorstand ein Überbeck freie Hand. Ihm stehen dabei auch die bescheidenen Rechte der Arbeitnehmer durch die Montan-Mitbestimmung im Wege. Deshalb soll jetzt durch "Umstrukturierung" die Hütte aus dem Montan-Mitbestimmungsbereich herausgenommen werden, indem man sie an Mannesmann-Röhren verpachtet. Angeblich sollen durch diese Maßnahme gleichzeitig 50 Mio. DM eingespart werden.

## Die Montanmitbestimmung von 1951

So ist die Montan-Mitbestimmung in den letzten Wochen zu einem gewerkschaftlichen und politischen Hauptthema geworden. SPD, DGB und IG Metall wollen verhindern, daß die in der Nachkriegszeit erlangten Mitbestimmungsrechte jetzt wieder abgebaut werden.

Die Montan-Mitbestimmung war 1951 in Kraft getreten; sie gilt für den Bergbau und die Eisen und Stahl erzeugende Industrie. Ihre Merkmale sind: - Die gleiche Zahl von Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

- Zusätzlich ein "neutraler" Mann im Aufsichtsrat.
- Ein Arbeitsdirektor im Vorstand, der nicht gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter bestellt werden kann (d.h. oft ein Gewerkschafter).

Dieses Montan-Modell entspricht in seinen Grundzügen dem DGB-Mitbestimmungsmodell. Seine Einführung im Jahre 1951 war schon ein schwerer Rückschlag gegenüber der nach dem Kriege von den Arbeitern aufgestellten Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Dennoch erhofften sich viele davon einen ersten Schritt auf dem langen Weg in Richtung Selbstbestimmung der Arbeiter. Nachdem sich jedoch der Kapitalismus wieder endgültig gefestigt hatte, fiel es den Herrschenden nicht im Schlaf ein, die Rechte der Arbeiter auszudehnen. Unternehmenszusammenschlüsse, Umstrukturierungen und rechtliche Veränderungen bedrohten ständig die Montan-Mitbestimmung. Dagegen mußten öfter Ergänzungsgesetze, Sicherungsgesetze (1967 und 1971) und Gerichtsverfahren (1967 - 1973) sowie Sondervereinbarungen angestrengt und durchgesetzt werden.

## Mitbestimmung nach 1976er Modell

Heute gehören nur noch 600.000 Arbeiter und Angestellte zum Montan-Bereich. Große Kapitalgesellschaften außerhalb des Montanbereichs mit insgesamt 4,1 Mio. Beschäftigten fallen unter das Mitbestimmungsgesetz von 1976. Dieses "Modell" sieht zwar formal auch die gleiche Anzahl von Sitzen auf beiden

Seiten vor, garantiert aber dem Kapital letztendlich immer die Überhand:

- Es muß mindestens ein leitender Angestellter auf der Arbeitnehmerbank sitzen (der sich in der Regel durch sein Abstimmungsverhalten nicht seine Karriere verbauen will).
- Der Aufsichtsratsvorsitzende (der letztendlich von den Vertretern der Anteilseigner bestellt wird), hat ein doppeltes Stimmrecht.
- Der Arbeitsdirektor ist in der Regel ein Mann der Anteilseigner.

Diese Schein-Mitbestimmung wird jetzt von der FDP und dem Mannesmann-Vorstand als optimales und modernes Modell gepriesen.

Fortsetz. S.5

Zum 1. September (Antikriegstag):

# WELTWEIT RÜSTUNG, WELTWEIT KRIEGE...

## Wie kann dies beendet werden?!

Am 1. September, dem Antikriegstag werden auch dieses Jahr wieder weltweit Millionen Arbeiter, Angestellte und Jugendliche demonstrieren: "Friede, Abrüstung und Entspannung!" wird als Forderung auf ihren Fahnen und Transparenten stehen. Mit der Frage "Droht ein Weltkrieg?" hat sich VORAN in einem Artikel der letzten Ausgabe auseinandergesetzt. In dieser Nummer wollen wir uns einem anderen Aspekt zuwenden: den weltweiten Rüstungsausgaben; den Kriegen der "Nachkriegszeit", die auf der Erde stattgefunden haben (also dem "Weltfrieden"), falls er mal nicht von der beschränkten europäischen Warte aus gesehen wird; und der Frage, wie man diese Kriege beenden kann.

## Wachsende Rüstung und wachsender Hunger...

Weltweit steigen seit 1949 die realen Ausgaben für Rüstung. Zu konstanten (1) Preisen auf der Basis von 1970 betrugen sie:

## Tabelle 1: Weltweite Rüstungsausgaben (konstante 1970-Preise)

1949:.....	67,9 Mrd. US-Dollar
1959:.....	131,7 Mrd. US-Dollar
1969:.....	212,9 Mrd. US-Dollar
1979:.....	278,7 Mrd. US-Dollar

(Angaben laut Internationales Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI))

Real haben sie sich also in 30 Jahren vervierfacht. In diesem Jahr wird es weltweit die gigantische Summe von 500 Mrd. US-Dollar (zu heutigen Preisen) sein, die für militärische Zwecke ausgegeben wird. Dies ist doppelt so viel wie die weltweiten Ausgaben für Gesundheit. 75% dieser Summe werden auf die Konten der NATO und des Warschauer Paktes gehen, 15% auf das der "Dritten Welt".

8 Mio. Kinder sterben jährlich an Hunger. 660 Mio. Menschen der Dritten Welt leben in Hunger und Elend. Diese Situation hat gegenwärtig keine Hoffnung auf Verbesserung. Im Gegenteil, sie verschlechtert sich laufend. Trotzdem tauchen in den 70er Jahren beim Waffenhandel (der sich in diesem Zeitraum verdreifachte) die Länder der Dritten Welt bei zwei Dritteln aller Waffengeschäfte als Käufer auf.

## Wer kämpft gegen wen?

"Wofür diese massiven Ausgaben?" könnte man fragen, "Wir haben doch Frieden..." Das täuscht! Weltweit betrachtet, verging seit 1945 kein einziges Jahr, kein einziger Monat, nicht einmal eine einzige Stunde, ohne daß irgendwo ein militärischer Konflikt im Gange war.

Wer kämpft gegen wen? Zumeist Unterdrückte gegen Unterdrücker, manchmal verschiedene Unterdrückte gegeneinander, die sich um die Beute (die Unterdrückten) streiten. Die meisten dieser Konflikte finden in der Dritten Welt statt. Die industriell fortgeschrittenen, die imperialistischen Staaten haben immer ihre Finger im Spiel.

Fortsetzung S.8

# ARTIKEL ÜBER

Kampffonds.....	5.2
SPD-Wahlprogramm.....	5.3
"Die Grünen".....	5.3
Einen fleißigen Grafen und seine Probleme mit der "Faulheit" der deutschen Arbeiter.....	5.3
Geschichte der Mitbestimmung.....	5.4
EG-Krise.....	5.6
Streiks in Polen.....	5.6
Ausperrungsurteil des BGH.....	5.7
Lohnrunde/Mindestlohn.....	5.7
Interview mit Jungarbeitern.....	5.7





Der Mannesmann-Vorstand hat mit seinem Angriff auf die Montanmitbestimmung die Diskussion über dieses Thema von neuem entfacht. Sozialisten werden in ihrer Gewerkschaftsarbeit immer wieder mit der Forderung nach paritätischer Mitbestimmung konfrontiert. Viele Linke unterstützen daher auch kritiklos die Position der DGB-Spitze, aus Überzeugung oder Angst, sich von den Kollegen zu isolieren. Sozialisten müssen zu dieser Frage offizieller Gewerkschaftspolitik eine klare Stellung beziehen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung gibt uns hierzu wichtige Hilfen. - Nachfolgender Artikel wurde bereits vor eineinhalb Jahren geschrieben. Der Autor ist Karl Hermann Weber. Die neueste Affäre um die Montanmitbestimmung beweist, was eine seiner Schlußfolgerungen schon damals besagte: die Unternehmer werden auf die "Sozialpartnerschaft" (und damit auf die Mitbestimmung) pfeifen, sobald sie ihnen für ihre Zwecke nicht mehr tauglich erscheint. . .

## EIN MITTEL GEGEN SOZIALISIERUNGSFORDERUNGEN

# GESCHICHTE DER MITBESTIMMUNG

## WAS WIR AUS DEN ERFAHRUNGEN LERNEN KÖNNEN

### Grundsatzziele

Ganz im Gegensatz zum Eindruck, den die Organisationen der Arbeiterklasse, SPD und Gewerkschaften heute dem jungen Kollegen vermitteln, der ihnen beiträgt, hat die Arbeiterbewegung durchaus ein politisches Ziel: die Abschaffung des Kapitalismus mit all seinen ihm eigenen Widersprüchen und sozialen Ungerechtigkeiten und den Aufbau einer weltweiten, neuen, klassenlosen Gesellschaft ohne Hunger, Not und Armut.

Das im Jahre 1891 in Erfurt beschlossene Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt dies fest: "Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel - in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde".

Unter dieser Zielsetzung ist die Arbeiterbewegung angetreten. Ihr historisches Ziel ist die Erhaltung des Sozialismus. Alle Programmpunkte der Arbeiterbewegung, also auch die Mitbestimmung, müssen sich daran messen lassen, ob sie diesem Ziel nützen oder ihm entgegenstehen.

### Reformismus

Auf dem oben zitierten Erfurter

Parteitag der SPD konnten sich die marxistischen Kräfte noch einmal durchsetzen. Aber in der politischen Praxis, vor allem in der SPD-Reichstagsfraktion und den Gewerkschaften, bestimmten bereits andere Kräfte die Politik. Sie erkannten in Worten zwar die revolutionären Ziele und die revolutionäre Taktik an. Tatsächlich betrieben sie aber eine Politik, die auf eine Eingliederung der Arbeiterbewegung ins kapitalistische System hinauslief. Repräsentant dieser Tendenz war z.B. Eduard Bernstein, der Begründer des "Revisionismus", einer Theorie, die beanspruchte, wesentliche Teile des Marxschen Denkens "korrigiert" zu haben. Andere Repräsentanten waren Gewerkschaftsführer wie Karl Legien.

### Bürokratie in den Arbeiterorganisationen

Wie kam es zu der von Parteitagebeschlüssen und Programmen so abweichenden politischen Praxis? In den Jahren zwischen 1871 und 1914 vollzog sich auch in Deutschland der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz vieler kleiner Unternehmer zur Konzentration des Kapitals in wenigen Händen. Unter anderem hatte dies die Herausbildung einer Schicht zur Folge, die Lenin "Arbeiteraristokratie" nennt. Diese Schicht wird zwecks Spaltung der Arbeiterklasse mit höheren Löhnen, werkeigenen Wohnungen usw. seitens der Unternehmer bestochen. Zu dieser Schicht kommen ins Proletariat hinabgerutschte Kleinbürger hinzu, die zwar gezwungen sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen, die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg aus der Arbeiterklasse jedoch noch nicht aufgegeben haben.

Die Organisationen der Arbeiterklasse selbst wurden zu großen bürokrati-

tischen Apparaten, die einigen Funktionären gute Karrieren, bequeme Pöstchen und beträchtliche Privilegien boten. Diese Funktionäre waren daher mehr an der Fortdauer ihres relativ sicheren und privilegierten Jobs interessiert als am Klassenkampf, der ihre Positionen möglicherweise gefährden würde. Diese Schicht wird als "Arbeiterbürokratie" bezeichnet.

Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie sind also Schichten, die sich schon innerhalb des kapitalistischen Systems einen warmen Nistplatz ergattert haben. Sie sind die gesellschaftlichen Träger des Reformismus. Wie sagte doch der Chefdenker der Reformisten, Eduard Bernstein? "Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts". Der Sinn dieses Zitats wird erst so richtig deutlich, wenn man sich überlegt, was für die reformistischen Kräfte die Bewegung ist: nämlich Partei und Gewerkschaften, die ihren treuen Funktionären einen lebenslangen, sicheren und gutbezahlten Arbeitsplatz bieten und gar nicht daran denken, sich in "revolutionäre Abenteuer" zu stürzen.

### Verrat in der Kriegfrage

Wie sehr sich die reformistische Tendenz innerhalb der Arbeiterbewegung mit dem bestehenden kapitalistischen System abgefunden und darin gemütlich eingerichtet hatte, wurde im August 1914 deutlich: die Gewerkschaftsführung beschloß den Abbruch aller Streiks und Lohnverhandlungen, und die SPD-Reichstagsfraktion stimmte mit großer Mehrheit den Kriegskrediten für die herrschende Klasse zu. Für den Staat des wilhelminischen Kaiserreichs galt nicht mehr die Parole August Bebel: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen". Es galt nunmehr als verteidigungswertes "Vaterland". Die

SPD machte deutlich, wie sehr sie die marxistische Staatstheorie, nach der der Staat immer das Instrument der herrschenden Klasse ist, vergessen hatte und in den reformistischen Sumpf geraten war.

Diese Abweichung von der marxistischen Staatstheorie und die daraus folgende Katastrophe zeigt deutlich, daß theoretische Fragen keine Spielerei für Akademiker sind, sondern für die Arbeiterbewegung Sein oder Nichtsein bedeuten können.

Im folgenden Ersten Weltkrieg starben die Arbeiter der verschiedenen Länder für die höheren Profite ihrer jeweiligen nationalen Bourgeoisie nicht nur mit dem Segen der Kirche, sondern auch mit dem der internationalen Sozialdemokratie, die natürlich mit dem Ausbruch des Krieges ihren internatio-

gemeinschaften in den einzelnen Industrien, Branchen und Bezirken."

Hier wird deutlich: Nicht der Sturz der Herrschenden, nicht die Enteignung der superreichen Kapitalisten, nicht die Verstaatlichung der Monopole unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter (wie es die Rätebewegung forderte), sondern die Idee der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit auf der Grundlage des Privatbesitzes an Produktionsmitteln ist der Ausgangspunkt des Denkens und Handelns des Reformismus.

Paritätische Mitbestimmung der Gewerkschaften auf der Ebene der Wirtschaftspolitik wurde also schon 1918/19 verlangt. Dabei handelte es sich um die Zusammenarbeit von Funktionären der Gewerkschaftsspitze mit den Unternehmern.

Von den Arbeitern im Betrieb komm-



nalen Charakter ebenfalls "vergessen" hatte.

### Arbeitsgemeinschaft mit Unternehmern

Um die Gewerkschaften noch lückenloser in den Dienst des imperialistischen Kriegs zu stellen, wurden sie 1916 zum ersten Mal als gesetzliche Vertreter der Arbeiter anerkannt. Im Krieg begannen auch die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Großindustrie, um zu einer "Arbeitsgemeinschaft" zu kommen. Hier liegen die Ursprünge der Partnerschaftsideologie, die von den Unternehmern heute immer dann bemüht wird, wenn die Arbeiter Opfer bringen sollen.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde im Revolutionsjahr 1918 beschlossen, als die Unternehmer nicht nur um Teile ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, sondern um ihre Klassenherrschaft und Existenz als Klasse überhaupt fürchten mußten. Natürlich zeigte sie sich in einer solch gefährlichen Situation kompromißbereit. Sie "gewährten" die Anerkennung der Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie, den 8-Stunden-Tag usw.

Damit erreichten die Gewerkschaften die Gleichstellung mit den Unternehmern in einer revolutionären Situation, in der eigentlich die Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse hätte entschieden werden müssen. Jedoch fehlte es an einer revolutionären Partei mit einem klaren Programm.

Die Gewerkschaftsführer begnügten sich mit der Mitsprache in wirtschaftlichen Fragen. Legien stellte zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Klassengegenner fest: "... sie erstreckt sich auf gemeinsame Beratung aller wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen." Sein Kollege Leipzig ergänzte: "... Es war die Absicht, das ganze Erwerbsleben Deutschlands in dieser Arbeitsgemeinschaft zu vereinheitlichen und durch sie einen bestimmenden und heilvollen Einfluß auf das Wirtschaftsleben auszuüben."

Das "Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" schrieb 1919: "Dieser Vertrag (die Zentralarbeitsgemeinschaft) sichert die Durchführung der Übergangswirtschaft, die eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk ist, durch eine Zentralarbeitsgemeinschaft aller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, mit Arbeits-

ten diese Funktionäre nicht kontrolliert werden. Fehlende Kontrolle und Anbindung an die einfachen Kollegen fördert natürlich die Kompromißbereitschaft der Arbeitervertreter gegenüber den Wünschen der Unternehmer. Die völlige Entfremdung von der Lage der Kollegen in den Betrieben war nur eine Frage der Zeit.

### Zerschlagung der Arbeiterräte

Gewerkschaften und SPD setzten auf die Zusammenarbeit mit den alten Mächten Bourgeoisie, staatliche Bürokratie, Polizei und Militär. Sie versagten sich einem radikalen Neuanfang auf der Grundlage der Sozialisierung der Industrie und der Zerschlagung des alten militärischen Staatsapparates. Wenn schon nicht der Staatsapparat zerschlagen werden sollte, dann doch wenigstens die Rätebewegung, schienen sich die führenden Sozialdemokraten um Ebert, Noske und Scheidemann zu sagen. Mit Hilfe der übelsten Banditen, der "Freikorps", aus denen später die Kader der faschistischen Bewegung hervorgehen sollten, zerschlugen die Reformisten die Rätebewegung, die genau diejenigen sozialistischen Traditionen verkörperte, die in den programmatischen Erklärungen der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts enthalten waren.

Die Strafe folgte auf dem Fuße:

Nachdem die Rätebewegung beseitigt worden und so die Gefahr von Verstaatlichungen für die Unternehmer vorerst gebannt war, erhielten die Gewerkschaften von ihren "Sozialpartnern" die Quittung für ihr verantwortungsbehaftetes Verhalten dem Kapital gegenüber während der Revolution. Die Unternehmer zeigten sich absolut nicht "dankbar" für die Dienste der reformistischen Gewerkschaftsführung und offenbarten zynisch, daß die Gewerkschaften zur Disziplinierung der Arbeiterklasse nicht mehr gebraucht wurden.

### Rücknahme der Zugeständnisse

Der Abbau der 1918/19 herausgeholt "Zugeständnisse" erfolgte Schlag auf Schlag:  
- 1923: Aufhebung des 8-Stunden-Tages;  
- 1924: Austritt der Unternehmer aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft;  
- später gegen Ende der Weimarer Republik sollten auch noch die Tarifautonomie und die Koalitionsfreiheit angegriffen werden.  
Damit war der Traum von der part-

# UNTERNEHMER ZUFRIEDEN MIT DER MITBESTIMMUNG

Wenn man die Wirksamkeit der Mitbestimmung im Montanbereich beurteilen will, so muß man untersuchen, ob die Mitbestimmung beispielsweise bei Schließungen von Zechen eine Rolle gespielt hat. Diese Frage kann weitgehend mit "nein" beantwortet werden, da auch hier das letzte Wort nicht in den mitbestimmten Aufsichtsräten gesprochen wurde, sondern in den Gremien der Kapitalgeber.

Die Arbeitnehmervertreter durften dann anschließend die Stillelegung mit den damit verbundenen Entlassungen der Belegschaft gegenüber vertreten und rechtfertigen. Wenn aber Stillelegungen im Aufsichtsrat zur Abstimmung kamen, waren dort in der Regel Einigungen zu verzeichnen.

Lassen wir einen Experten der Kapitalseite ein Urteil über die Montanmitbestimmung abgeben. Herr Abs, ehemaliger Großbankier und Aufsichtsratsmitglied vieler Konzerne sagt: "Auf Grund der bisher mit ihr gemachten Erfahrungen möchte ich in ihr einen echten Erfolg sehen. Sie wird sich ... auch in Zukunft bewähren, sofern sich nur die Sozialpartner wie bisher um eine loyale Zusammenarbeit bemühen und jeder bereit ist, dem anderen zu geben, was ihm gebührt."

Dies sei jedem Befürworter der Mitbestimmung auf Gewerkschaftsseite ins Stammbuch geschrieben. Die Gewerkschaftsführungen sahen die Erfahrungen der Mitbestimmung im Montanbereich durchweg positiv und versuchten, dieses Modell auf alle übrigen Großbetriebe zu übertragen. Ohne Erfolg, denn 1976 trat das von der sozial-liberalen Bun-

desregierung mit Stimmen der CDU/CSU verabschiedete Mitbestimmungsgesetz in Kraft.

Hatten die Unternehmer nach 1945 den Gewerkschaften von sich aus die Mitbestimmung angeboten, um Sozialisierung und Entflechtung zu verhindern, waren sie nach ihrer Wiederstärkung nicht bereit, die unter den Besatzungsmächten eingerichtete Mitbestimmung künftig auch als "deutsches Recht" zu akzeptieren.

### Verfassungsklage der Unternehmer

Obwohl die 1976 in Kraft getretene Mitbestimmung an den Machtverhältnissen in der Industrie nichts ändert, haben einige Unternehmer gegen dieses Gesetz Verfassungsklage angestrengt (und verloren). Den Unternehmern ging es bei dieser Klage gar nicht um das Mitbestimmungsgesetz. Es war ein Versuch, die Arbeiterbewegung überhaupt einzuschüchtern und jeglichen Reformwunsch in die Zone der Verfassungsfeindlichkeit zu drängen. Den Arbeitern und ihren Gewerkschaften sollte deutlich gemacht werden: "Bis hierher - und keinen Schritt weiter! Mitbestimmung mag ja noch angehen. Aber das Eigentum an Produktionsmitteln ist unverletzlich und unterliegt allein der Kontrolle durch die Kapitalgeber. Basta!"

Das Gericht aber erkannte wohl, daß dieses Gesetz sehr wohl im Interesse des Kapitals liegt, weil es die bestehenden Machtverhältnisse nicht berührt, wohl aber erneut Arbeitervertreter in die Verantwortung für "ihre" Betriebe einspannt. Der Buchu-

mer Katholikentag verabschiedete bereits 1949 eine Resolution, in der es heißt: "Das Mitbestimmungsrecht gehört zu dem natürlichen Recht in gottgewollter Ordnung und ist zu bejahen wie das Recht auf Eigentum." Na bitte, jetzt soll keiner kommen und behaupten, unsere Verfassungsrichter seien keine traditionsbewußten Leute.

### Arbeit und Kapital - unversöhnlicher Gegensatz!

Der Grundgedanke der Mitbestimmung ist die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, die Sozialpartnerschaft im Wirtschaftsprozess, aus der sich die paritätische Aufsicht über die Betriebe ableitet. Für Marxisten ist diese Annahme falsch. Es kann keine Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit geben, weil jedes Kapital letztlich durch Arbeit entstanden ist, und zwar keineswegs durch Arbeit der Kapitalgeber, wie uns die bürgerliche Propaganda weismachen will, sondern allein durch die Arbeit der Lohnabhängigen. Die Kapitalisten haben Kapital, weil sie sich den von der Arbeiterklasse produzierten Mehrwert, das heißt die unbezahlte Mehrarbeit der Arbeiter, angeeignet haben. Ihre Verfügbarkeit über Kapital gründet sich allein auf die durch den Staat garantierten Machtverhältnisse und dem Wirken bürgerlicher Propaganda in den Köpfen der Arbeiter.

Aus diesem wirtschaftlichen Grundachverhalt kann die Forderung nicht Mitbestimmung, sondern nur Alleinbestimmung heißen.







# VORAN

## WELTWEIT RÜSTUNG, WELTWEIT KRIEGE...

Fortsetzung von S. 1

Alleine die USA intervenierten nach eigenen amtlichen Angaben (Office of the Assistant Secretary of Defense, OASD) in den Jahren von 1958 bis 1966 insgesamt 164 mal in anderen Ländern (siehe Tabelle 2). Diese offiziellen Angaben sind bestimmt untertrieben!

Guerillakriege usw. ....	76
Militärkonflikte zwischen Staaten .....	15
Staatsstreich, Aufstände, Revolten usw. ....	73
<b>Insgesamt.....</b>	<b>164</b>

"Dritter Weltkrieg"? -  
- Nein, Kolonialrevolution!!!

Seit Ende des II. Weltkriegs nahmen die militärischen Auseinandersetzungen weltweit sogar zu. SIPRI untersuchte die Statistik der "lokalen" Kriege auf der Erde zwischen 1945 und 1969 in den vier Regionen: Asien (ohne Nahost), Nahost, "Schwarzafrika" und Lateinamerika. In dem Vierteljahrhundert nach dem II. Weltkrieg war das Territorium (oder ein Teil davon) von 59 Ländern dieser vier Regionen Kriegsschauplatz. (Der I. Weltkrieg wurde in 14, der II. in 40 Ländern ausgetragen). Die Gesamtzahl der in diesen Territorien ausgetragenen Kriege ist 93 (einschließlich Europa 97). In diesen Kriegen ist nicht eine einzige Kriegserklärung abgegeben worden! Die Zahl der getöteten Menschen entspricht mit "weit mehr als 10 Millionen" fast den Opfern des II. Weltkrieges! (siehe Tabelle 3)

welche gegenwärtig im Gang oder im Anfang begriffen sind (El Salvador, Südkorea, Indien, Zimbabwe, Südafrika usw.) beweisen dies zur Genüge.

Natürlich wird der Imperialismus (trotz seiner Niederlagen) nirgendwo freiwillig weichen. Natürlich wird kein Diktator zurücktreten, ohne Gewalt anzuwenden. Deshalb geht der "Weltbürgerkrieg" mit unverminderter Schärfe weiter, wobei "eine Art von Frieden" gegenwärtig nur in Europa, Japan, Nordamerika und den stalinistischen "Ostblockstaaten" herrscht. Zur Zeit sind weltweit 37 "wichtige und sekundäre Konflikte" im Gang (US Centre for Defense Information). In diesen Konflikten kämpfen 8 Millionen Guerillas, Söldner und Regierungstruppen. Zwischen 2 und 5 Millionen Menschen (einschließlich Zivilisten) sind schon tot. Die überwiegende Mehrheit dieser Konflikte wird in der 3. Welt ausgetragen, wo hungrige Abermillionen um eine anständige Existenz kämpfen.

Verstärkte Entspannungspolitik? - Utopisch!

Die Nord-Süd-Kommission der UNO (deren Vorsitz Willy Brandt innehat), stellte fest, daß jeder sechste Mensch obdachlos und in absoluter Armut lebt, und daß ca. 30% der Bevölkerung der Dritten Welt arbeitslos sind. Trotzdem gehe die militärische Verschwendung jährlich in Milliardenhöhe weiter. Bei jedem Pulsschlag eines (ruhigen) Erwachsenen verschwinden 60.000 DM auf Weltebene, um Militär und Rüstungsindustrie zu finanzieren. Alle 5 Minuten werden alleine in der BRD 552.000 DM für die Rüstung ausgegeben.

Wieviel könnte man bei vernünftiger Planung dieser Mittel erreichen! Alleine durch die Kosten der abgestürzten Starfighter - 800 Mio. DM! - könnte



weite Wirtschaftsordnung (ohne eine privilegierte und diktatorisch herrschende Bürokratie), die unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht, bietet überhaupt die Chance, Hunger und Elend in der Dritten Welt abzuschaffen und Kriege aller Art zu beenden.

Die Rüstungsindustrie könnte auf die Produktion nützlicher und sinnvoller Güter umgestellt werden. Schon vor einigen Jahren haben die Arbeiter der britischen Rüstungsfirma Lucas Aerospace einen alternativen Produktionsplan ausgearbeitet. Er zeigt: ihre Fähigkeiten und die Technologie ihres Betriebes ist auch für friedliche Nutzung geeignet. Er zeigt weiter: die Arbeiter sind in der Lage, ohne kapitalistisches Management die Produktion eigenständig zu organisieren - in Selbstverwaltung. Das Vorbild der Lucas Aerospace-Belegschaft ist inzwischen auch von den Beschäftigten des Vickers-Rüstungskonzerns nachgeahmt worden. Aber natürlich leistet das Management gegen diese Pläne der Arbeiter in beiden Fällen erbitterten Widerstand.

Die militärische und Rüstungsforschung könnte ohne weiteres auf die Erforschung umweltfreundlicher, arbeitserleichterender, arbeitszeitverkürzender und energie- und rohstoffsparender Produktionsverfahren umgestellt werden. In einer Planwirtschaft könnten (bei gleichem Produktionsniveau an gesellschaftlich nützlichen Gütern) alleine die 2,5 Millionen Beschäftigten in Bundeswehr und Rüstungsindustrie gemeinsam mit den 1,5 Millionen Arbeitslosen dazu beitragen, die wöchentliche Arbeitszeit in der BRD auf 32 Stunden (!) zu verkürzen, falls man die vorhandene Arbeit gleichmäßig auf alle verteilt.

Doch alle diese schönen Pläne werden die Herrscher über die Welt niemals freiwillig durchführen. Sie werden sich auch nicht dazu zwingen lassen, solange sie an der Macht sind. Deshalb muß der Kampf gegen Hunger und Elend, für Frieden und Abrüstung mit dem Kampf zur Entmachtung der herrschenden Klassen und für den Aufbau einer weltweiten sozialistischen Arbeiterdemokratie verbunden werden.

Sue Powell und Kurt Pfeifle

Der Juso-Bundesvorstand hatte recht, als er sagte: "Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Frieden ist die Überwindung von sozialer und politischer Unterdrückung, innenpolitisch wie im Verhältnis der Völker zueinander."

Wie ist es dann möglich, Abrüstung und Frieden zu erreichen? Wie könnte man die Ressourcen, die gegenwärtig für Rüstung verschwendet werden, positiv nutzen, um soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen?

Die Antwort im Rahmen eines (weltweiten) kapitalistischen Gesell-

schaftssystems zu finden - das ist unmöglich. Die Lösung dieses Problems mit dem Kampf für die Entmachtung des Weltkapitals (und der stalinistischen Bürokratenherrscher!) und für eine weltweite sozialistische Demokratie zu verbinden - das ist der einzige Ausweg!

Planwirtschaft ohne Rüstung =  
= Arbeitszeitverkürzung

"Imperialismus bedeutet Krieg (und Revolution)", daran hat sich seit Lenins Zeiten nichts geändert, im Gegenteil! Nur eine demokratisch geplante welt-

Tabelle 3: Gesamtdauer der lokalen Kriege nach Fünfjahresperioden

Perioden:	Gesamtdauer nach Perioden:	Durchschnitt pro Jahr:	in % der Gesamtdauer:
1945-49	25 Jahre	5,15 Jahre	10,03 %
1950-54	34 Jahre	6,74 Jahre	13,19 %
1955-59	49 Jahre	9,75 Jahre	19,07 %
1960-64	58 Jahre	11,55 Jahre	22,60 %
1965-69	90 Jahre	17,94 Jahre	35,11 %
1945-69	256 Jahre	10,22 Jahre	100,00 %

# Für eine absolute SPD-Mehrheit mit sozialistischem Programm!

Fortsetzung von Seite 1

Viele SPD-Wähler, Sympathisanten und Wahlhelfer erwarten nach einem SPD-Wahlsieg einen Neubeginn in der Regierungspolitik. Sie wollen:

- daß Schluß ist mit dem Abbau an Sozialleistungen und Reformen;
- daß die Angriffe auf den Lebensstandard aufhören;
- daß es mit den steigenden Arbeitslosenzahlen ein Ende hat;
- daß jeder Jugendliche einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhält;
- daß die Wirtschaftskrise bald beendet wird;
- und daß die Einschränkung demokratischer Rechte sofort gestoppt wird.

Eine absolute Mehrheit der SPD ist möglich. Das hat die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bewiesen. Dort hatte die SPD nämlich nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in konservativen ländlichen Gebieten wie Eifel, Sauerland und Westfalen erhebliche Gewinne! Um dies auch auf Bundesebene zu erreichen, wäre allerdings ein offensiver Wahlkampf (auch gegen die FDP) auf der Basis eines grundlegenden Programms sozialer Reformen erforderlich. VORAN tritt in der SPD für diese Ziele ein.

Allerdings sind wir der Meinung, daß ein solches Reformprogramm innerhalb des kapitalistischen Systems unter den heutigen Bedingungen nicht durchzuführen ist. Dafür ist ein entscheidender Bruch mit dem Kapitalismus notwendig. Denn unter der Last der heutigen Krise, und vor allem der kommenden Wirtschaftseinbrüche wird die Staatskasse immer leerer.



Es muß endlich Schluß sein mit Arbeitslosigkeit!

Deshalb werden sich grundlegende soziale Reformen nur verwirklichen lassen, wenn sie mit einer sozialistischen Änderung des bestehenden Wirtschaftssystems verknüpft sind. VORAN meint: Die Jungsozialisten und die Linken in der SPD müssen für eine sozialistische Politik der SPD kämpfen. Einige Kernpunkte davon sind:

- \* Entmachtung und Enteignung des Großkapitals!
- \* Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- \* Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Fabriken, die Produktion, die Gesellschaft und den Staat!
- \* Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Rahmenplanung zur Regelung der Produktion mit den Zielen: keine Fabriken brachliegen, keine Maschine still-

stehen und kein Rohmaterial auf Halde liegen zu lassen; jeden Arbeitslosen und Kurzarbeiter produktiv zu beschäftigen; auf diese Weise den allgemeinen Lebensstandard zu heben und noch bestehendes Elend auszurotten!

- \* Arbeit für alle durch eine 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust und Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Beschäftigten!
  - \* Ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.400,- DM netto für alle Erwachsenen!
  - \* Ausreichenden und billigen Wohnraum für alle, indem die in Gemeineigentum überführte Bauindustrie unter staatlicher Planung jährlich mindestens 1.000.000 Sozialwohnungen baut!
- FÜR EINE ABSOLUTE SPD-MEHRHEIT AUF DER GRUNDLAGES EINES SOZIALISTISCHEN PROGRAMMS!

Redaktion VORAN



Angesichts dieser Zahlen kommt SIPRI zur Schlußfolgerung: "So entspricht die Gesamtzahl der lokalen Kriege in dieser Hinsicht einer Art von DRITTEM WELTKRIEG..." Was hier als eine Art von Drittem Weltkrieg bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit die Explosion der Befreiungsbewegungen in der gesamten Dritten Welt nach 1945! Die koloniale Revolution gegen imperialistische Ausbeutung, die Unterdrückung dieser Bewegungen durch die Großmächte, die Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Elend und Überfluß führten unaufhaltsam zu erbitterten bewaffneten Konflikten. Es wäre also richtiger, statt von "einer Art Dritter Weltkrieg" von einem weltweiten BÜRGERKRIEG zu sprechen!

Dies zeigt: von einer weltweiten "Entspannung" war zu keinem Zeitpunkt zu reden! In der kolonialen Welt herrscht laufend Krieg und Bürgerkrieg. Die Gegensätze zwischen den Klassen sind unversöhnlich. Diese Spannungen lassen sich nicht mit reformistischen Methoden wie z. B. Entwicklungshilfe, Umschuldungsverhandlungen dämpfen. Die weltweiten Ausgaben für Entwicklungshilfe betragen ohnehin nur den 15. Teil der weltweiten Militärausgaben.

...Weltbürgerkrieg geht weiter

Trotz ihrer gigantischen Rüstung waren Imperialismus und reaktionäre Diktatoren nicht in der Lage, die Befreiungsbewegungen auf Dauer in Schach zu halten. Die revolutionären Umwälzungen, die seit 1945 stattgefunden haben (in China, Osteuropa, Kuba, Syrien, Burma, Vietnam und ganz Südostasien, Angola, Mozambique, Guinea-Bissau, Nordjemen, Somalia, Äthiopien, Iran, Nicaragua usw.) und die,

man alle (deutschen) Seen und Flüsse von jeglicher Umweltverschmutzung und -vergiftung befreien. Für den Preis eines nuklearen U-Bootes könnte man 74.000 Familien in der Dritten Welt in neue Wohnungen unterbringen. Mit dem Preis von einem Panzer ließen sich 1000 Klassenzimmer errichten.

Es wäre utopisch zu glauben, daß die Dutzende von Befreiungsbewegungen und Bürgerkriegen, die zur Zeit im Gange sind durch "verstärkte Entspannungspolitik" zu lösen wären (wie es viele Linksreformisten in der SPD fordern). Entspannungspolitik hat zur Zeit des weltweiten Nachkriegsaufschwungs nicht funktioniert, weil sich auch in diesem Zeitraum das soziale Elend der 3. Welt verschärfte. Entspannungspolitik kann in einer Periode zunehmender kapitalistischer Wirtschaftskrisen noch weniger funktionieren. Die Lasten werden auf die Dritte Welt abgewälzt. Die Folgen sind soziale Explosionen von gigantischem Ausmaß: der "Weltbürgerkrieg" wird weitergehen, bis zum Sieg der Unterdrückten (oder bis zu einem bitteren Ende!).

Abrüstung nur realistisch bei weltweiter sozialistischer Demokratie!

Was Lenin 1918 sagte, ist angesichts der Situation in der Dritten Welt heute aktueller denn je: "Die Bewaffnung der Bourgeoisie ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen Gesellschaft." Diese Bewaffnung dient der Bourgeoisie zur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft. Ohne diese Bewaffnung wäre sie dem Ansturm der unterdrückten Klassen hilflos ausgesetzt. Die Forderung nach ihrer Entwaffnung kann sie deshalb nur als eine lächhafte Zumutung empfinden.

## ABONNIERT VORAN

ICH HÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Ofinger, PochA Essen 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben) Lieferung ab Nr. erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse:

Redaktion "Voran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75